

Nebräer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 1 Pf., die 60 mm breite Millimeterzeile im Reflektortext 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostasse Nebra — Bankverein Atern.

N^o 52

Donnerstag, den 1. Mai 1930

43. Jahrgang

Wiederzusammentritt der Parlamente. Haushaltsberatung im Reichstag.

Nach der Osterpause tritt der Reichstag am Freitag dieser Woche, 15. Uhr, wieder zusammen, um den Haushalt für 1930 in erster Lesung zu erledigen.
Die Beratung beginnt mit einer großen Rede des Reichsfinanzministers Dr. Brüning. Nach Beendigung der Aussprache folgt demnächst der Sonnabend der Haushaltsauskunft übermittelnd, der bereits am Montag jene Arbeiten beginnt. Das Reichstagsessenium wird sich am Sonnabend, um dem Abschluss Zeit für seine Arbeit zu lassen, nochmals für eine Woche verlagern.
Bereits am Donnerstag hält

der Reichstag eine Sitzung ab, neben mehreren Vorlagen soll der Gehaltsentwurf über die Ermächtigung zur Ergraffung von steuerlichen Maßnahmen zum Zwecke der Entlastung und Verbilligung der Kreditverleihung der deutschen Wirtschaft verabschiedet werden.
Am Dienstag, den 6. Mai, 13. Uhr, nimmt der Preussische Landtag

seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht die Eingangsberatung der Haushaltsentwürfe des Landwirtschaftsministeriums, der Güterverwaltung, sowie des Volkswirtschaftsministeriums, ferner die zweite Beratung der Haushaltsentwürfe des Landtages, des Staatsrats und der Staatsbank.

Zur Krise in der D. D. P.

Reichstagsabgeordneter Langen tritt aus der Partei aus. — Oldenburg, 29. April.
Reichstagsabgeordneter Langen hat an den Vorständen der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch-Weser, ein Schreiben geschickt, in dem er seinen Austritt aus der D. D. P. erklärt.

In der Begründung heißt es u. a.: „Der D. D. P. fehlt Kraft und ernstlicher Wille, eine nichtparteiliche, völkerverständliche Politik erfolgreich abzuwickeln und eigene Wege zu zeigen. Sie hat gegen links und gegen rechts in wichtigsten politischen Fragen auf die Durchsetzung eigener Auffassung soweit verzichtet, daß sie im Reichstag kaum noch als mitentscheidender Faktor gewertet wird. Einmal mit der Sozialdemokratie, Sozialmonopol und Gütermittel-Verfeinerung, dann mit dem Verbund eine weitere Erhöhung der Preise für Nahrungsmittel der bäuerlichen Bevölkerung — weiter geht's nicht. Die D. D. P. duldet eine an völkerverständlichen Hilfsmitteln kaum mehr zu überbietende Steuer- und Finanzpolitik, die nicht das Ergebnis sachlicher Prüfungen und Entscheidungen, sondern ein parteiliches Hangelgeschick ist.“

Die D. D. P. zeigt mit alledem, daß sie nicht mehr die Kraft hat, eigene Entscheidungen zur Geltung zu bringen. Das Verhalten der D. D. P. im Reichstag kann auch nicht als Opfer für Volk und Vaterland angesehen werden, sondern offenbar unter völliger Verzicht auf eigene Politik die Führer- und Zielpolitik, welche mit den Geistes an die Zukunft der D. D. P. genommen hat.“ Gleichseitig hat Langen sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Deutschlands innere Erneuerung.

— Dresden, 29. April.
Am demokratischen Wirtschaftsausschuß im Freistaat Sachsen sprach Professor Dr. Hellpach über Deutschlands innere Erneuerung. Er schilderte eingangs die Gefahr der einseitigen Leberpannung des gesetzgeberischen Staatsgedankens.

Daß den Franzosen das Werk der Eroberung des Rheines mißlungen sei, bedeute den Abschluß einer Verhängnisvollen Epoche im Verhältnis der beiden Staaten. In dem Verhältnis der Rheinlandbevölkerung liege ein Zeichen für die wachsende politische Einsicht des deutschen Volkes.

Gegenüber dem Bild der Sozialdemokratie müsse eine neue große staatsbildende Partei der Mitte entstehen. Die neue Partei solle sich zu den großen lebendigen Gütern der bürgerlichen Entwicklung bekennen, in erster Linie zum Wort der Verantwortlichkeit im wirtschaftlichen und politischen Leben.

Der Grundfleck der Sozialpolitik müsse unangefastet bleiben, aber aus dem Staate dürfe man keinen Subventionsstaat machen wollen.

Eine viel weitere Aufgabe eröffne sich für die neue Partei in der Reichsreform, in dem Problem der Wirtschaftsgestaltung und der Bildungsreform. Die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei müßten endlich die Initiative zur Sammlung der freistehenden geistigen Mitte ergreifen.

Eine Rechtfertigung.

Warum die Wirtschaftspartei in die Regierung eintritt. — Berlin, 29. April.
Ueber die Gründe, die die Wirtschaftspartei veranlaßt haben, in die Regierung einzutreten, sprach im Vorstand der Parteivorstände Dr. Wittig. Er wies den Vorwurf entschieden zurück, daß die Wirtschaftspartei nicht den Mut

im Viktor Jochlich. Ausgehend von den Christenverfolgungen in Rußland zeigte der Redner an Hand von Zeichnungen der roten Fahne, daß der Sturmtrupp der bolschewistischen Revolution allenfalls das gesehene Arbeit mit dem Ziele der Entmenschung Gottes. Er schilderte dann die Arbeitsweise proletarischer Spielführer, dem Geist der kommunistisch-atheistischen Schulungen, die Bildung von kommunistischen Zellen in den Berufsschulen, die Wirkung der Verhöhnung, die sich im Sozialstreit in den weltlichen Schulen zeigt und anderes.

Inhalt dieser Arbeit ist Aufhebung zum Widerstand gegen jede Autorität, Verhöhnung des Christentums und der Kirche und bewußte Gotteslästerung. Schon konnte es zu direkten Angriffen auf Kirchengebäude und in Verhöhnung der Gottesdienste zu führen. Da helfe nur ein Wachen der evangelischen Kirche, das zu lebendigen Glauben werden müsse. Der bolschewistische Dämon müsse die große einheitliche Kraft des christlichen Glaubens entgegengekehrt werden. Mit einem Aufruf des weltlichen Generalverwaltenden D. Jochlich zur Behauptung auf die Kräfte des evangelischen Glaubens fand der achtzehnte Reichstagsstag seinen Abschluß.

Aus Gründen der Courtoisie . . .

Nuntius Orsengo wieder Dogen des diplomatischen Corps. — Berlin, 29. April.

Der Reichspräsident empfing den apostolischen Nuntius zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens. Ueber die Reichsliste hinsichtlich der Einlegung des päpstlichen Nuntius als Dogen des diplomatischen Corps wird von zukünftiger Stelle folgende Darstellung bekanntgegeben: Als Ende 1929 Nuntius Ruffini abberufen wurde, drängte die Frage zur Entscheidung, ob den bereits zum Austritt gekommenen Wünsche der Kurie, das dem päpstlichen Nuntius auch diesmal das Dogenamt zugedacht werden müsse, nachzukommen sei. Die Kurie berief sich dabei auf eine Abmachung aus den Anfang des vorigen Jahrhunderts. Im Abwägung von der Aufzählung der Kurie besteht für Deutschland keine rechtliche Verpflichtung, den päpstlichen Nuntius als Dogen des diplomatischen Corps anzuerkennen. Stattdessen liegen in Europa aber die Dinge so, daß sämtliche 24 Nuntien als Dogen des diplomatischen Corps fungieren. Beiläufig in Italien ist der Vorrang des Nuntius seitlich festgesetzt worden. Ein Rechtsanspruch der Kurie auf das Dogenamt für Berlin konnte von deutscher Seite nicht anerkannt werden. Nach Prüfung einige andere Gründe dagegen. Um über eine Lösung Klarheit zu verschaffen, ist mit dem Berliner diplomatischen Corps Fühlung genommen worden. Man einigte sich dann dabei auf folgende Formel:

Die deutsche Regierung hat sich aus Fühlungnahme mit dem diplomatischen Corps aus Gründen der Courtoisie entschieden, den päpstlichen Nuntius das Dogenamt zuzugestehen. Dieser Beiläufig ist von dem dienstältesten Botschafter, dem weltlichen Botschafter Freiherrn von Ullrich in Berlin akkreditierten Diplomaten zur Kenntnis gebracht worden.

Evangelischer Volkstag in Bielefeld.

Abschluß des Reichstagesentwurfes.

— Bielefeld, 29. April.
Die Tagung des Reichstagesentwurfes ist mit dem statt behelligen Evangelischen Volkstag. Die Festsprache hielt der Führer des Evangelischen Bundes von Groß-Berlin Verantwortung habe und erklärte, zur Regierung der Großen Koalition habe die Partei nur deswegen in scharfer Opposition gehalten, weil sie bei der einseitigen Regierungsbildung durch Reichstagsminister Müller von vornherein ausgeschlossen worden seien.

Die Wirtschaftspartei habe immer betont, daß sie zur Mitarbeit bereit sei, wenn der überwiegende Einfluß der Sozialdemokraten in der Regierung gebrochen werde. Angesichts des Appells des Reichspräsidenten zur Einigung habe die Partei sich dem Reichstagsentwurf nicht widersetzen dürfen und wollen, umso weniger, als die Lage der Landwirtschaft eine sofortige Hilfe notwendig gemacht habe. Auch habe man die sonst unvorstellbare Katastrophe, daß das Reich am 1. Mai vor leeren Kassen stünde und die Beamtengehälter nicht hätten ausgezahlt werden können, verhindern müssen.

Der Redner ging dann im Einzelnen auf die Forderungen der Wirtschaftspartei ein, von deren Erfüllung sie ihren Eintritt in die Regierung abhängig gemacht hätte. Es sei unrichtig, wenn man behauptet, daß die Regierung Brüning die Lebenshaltung des Volkes durch die mit dem Agrarprogramm verbundenen Steuererhöhungen wesentlich härter werde gemacht habe — allerdings in einem schnelleren Tempo — fortgesetzt, was unter dem letzten Kabinett begonnen worden sei. Mit besonderer Emphase stellte der Redner fest, daß die Wirtschaftspartei bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung mit wenig Ausnahmen ausgezeichnet mit den Vertretern der Landwirtschaft zusammengearbeitet habe.

Durch ihren Eintritt in die Regierung habe die Wirtschaftspartei das Steuer der bisherigen sozialistischen Zugunsten einer bürgerlichen Politik herumgeworfen. Das neue Steuerprogramm sei nur eine vorübergehende Maßnahme, nach der dem Herbst soll das Steuervereinfachungsgebot verabschiedet werden, das vor allem einen Ausbau der Reichsteuern und der Vermögensteuer abgibt. Die Wirtschaftspartei werde es als ihre

vornehmste Aufgabe in der Regierung ansehen, die unerträglichen Lasten der Wirtschaft so schnell und soweit als möglich abzubauen.

Das Wachsen der Tabaksteuer.

Ein Vergleich mit Frankreich und Großbritannien.

— Berlin, 29. April.

Amlich wird eine Untersuchung über die Tabaksteuer im Deutschen Reich, in Frankreich und Großbritannien veröffentlicht, die sich bis auf das Jahr 1927 erstreckt und das Jahr 1913 zum Vergleich heranzieht. Obwohl die neuesten Veränderungen der Tabaksteuer hier noch nicht eingerechnet sind, so ergibt sich doch schon aus dieser Zusammenfassung, daß die Befreiung des Tabaks, die vor dem Kriege verhältnismäßig geringfügig bei uns war, in der Nachkriegszeit außerordentlich angenommen hat. Es ist zwar schwer, bei der durch Krieg und Inflation hervorgerufenen Veränderung der Währungseinheiten in den verschiedenen Ländern einen genauen Vergleichsmäßig heranzuziehen, indessen gibt es ein leblich auffällendes Bild, wenn man die Umrechnungen auf die Vorkriegsmark vornimmt. Geht man dies, so ergibt sich, daß von 1913—1927 das Steuer- und Zollaufkommen auf Tabak insgesamt in Deutschland von 187 auf 612 Millionen, in Frankreich von 354,5 auf 401,2 Millionen und in Großbritannien von 375,5 auf 770,2 Millionen Mark Vorkriegsmark zugenommen hat.

Das bedeutet auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland eine Steigerung von 2,73 auf 9,68, in Frankreich von 8,91 auf 9,82 und in Großbritannien von 8,23 auf 16,95 Mark Vorkriegsmark. Trotzdem belegen diese Zahlen auch noch nicht alles, da so nicht nur die Steuer, sondern auch der Konsum in den Jahren 1913—1927 gewachsen ist. Daher gewinnt man ein zureichendes Bild, wenn man das Steuer- und Zollaufkommen auf je 1 Hektar in den genannten Jahren brachtet. Danach sind diese Hektar in Deutschland von 7,58 auf 7,33 zurückgegangen und in Großbritannien wiederum von 8,40 auf 12,31 gesunken.

Während also 1913 die Steuerbelastung in Frankreich mehr als das Vierfache und in Großbritannien fast das Fünffache von der im Deutschen Reich betrug, war 1927 infolgedessen eine Angleichung erfolgt, als die Befreiung der Vorkriegsmark in Frankreich nur noch 1/2 mal so groß und in Großbritannien zweieinhalbmal so groß wie im Deutschen Reich war.

Schober auf Reisen.

Die Fahrt nach Paris und London.

Der österreichische Bundeskanzler legt seine Besuche in den europäischen Hauptstädten, die ihn zuerst nach Rom und dann nach Berlin geführt haben, fort, und ist nach Paris gereist, um wo er nach London weiterfahren wird. Die Folge der Ereignisse, die die zweite Wiener Konferenz für Österreich gesiegt hat, nötigt die österreichische Regierung zu dieser direkten Fühlungnahme mit den europäischen Großmächten. Daß die Besuchstournee Schobers in Rom begann, war ein Zeichen der Dankbarkeit Österreichs für das Verständnis, mit dem Italien im Haag für die Regelung der österreichischen Schuldverhältnisse eingetreten war und es war zugleich auch ein Schritt, der dazu beitragen sollte, das österreichisch-italienische Verhältnis zu entspannen, und der in dieser Richtung auch bereits fühlbare profittische Wirkungen nach sich gezogen hat. Der Besuch in der deutschen Reichshauptstadt galt vornehmlich dem Bundesvertragsverhandlungen, und er hat nach der gefühlsmäßigen Seite, die eine besondere Betonung keineswegs finden konnte, ebenfalls seinen nicht zu unterschätzenden Wert gehabt.

Man folgt also die Reise nach Frankreich und nach England.

Auch hier gilt es, politische und wirtschaftliche Fragen zu klären. In Paris verfaßt man das Gefühl Österreichs, ganz besonders unter zwei Gesichtspunkten. Der politische von ihnen ist die Frage der Zukunft der Donau-Länder, in deren Gruppe die französische Ozeanopolitik Österreich gegen einbezogen hätte, wobei zugleich der zweite negative Gesichtspunkt der französischen Haltung gegenüber Österreich mitspricht, nämlich das immer wiederkehrende hinsichtlich der Beziehungen zwischen Wien und Paris.

Man wird gerade in diesem Punkte vorausichtlich in Paris den Bundeskanzler Schober vor sehr dringliche Fragen stellen, und wir werden in Deutschland nicht empfindlich und nicht enttäuscht sein dürfen, wenn der Bundeskanzler mit aller Diplomatie auf diese Fragen antwortet und dabei Gefühle in die Hintergrund treten läßt, die deshalb weder dem Reiche noch in Österreich eine Abfälligkeit erfahren dürfen.

Oesterreich hat seit dem Haag keine finanzielle Freiheit wieder gewonnen, und es sucht sich durch Anleihen zu helfen und überdies auf zu werden. Vorführung ist auch in dieser Richtung bereits im Haag genommen worden, und Paris ist jetzt nur eine Etappe auf dem Wege nach London, wo der Bundeskanzler Schober in der Berlin des englischen Schatzkanzlers Snowden einen Verhandlungspartner vorfinden wird, der ausfallend bereitwilligste Verständnis an den Tag legt hat.

Die Reise Schobers nach den weltlichen Hauptstädten wird in Deutschland mit derselben Aufmerksamkeit und mit denselben guten Wünschen für profittische, den Wiederauf-

Wartungsaufstellung aufgestellt worden, durch welche die Führer von Kraftfahrzeugen zu vorrätigen Fahrzeugen umgewandelt werden. Jetzt fehlen nur noch die in den meisten Fällen bereits anstehenden, aufzufälligen Orientierungstafeln, die dem ostpreussischen Wagenführer die Wegführung anzeigen. Mindestens wäre eine solche Tafel an der Straßenkreuzung vor Nauendorf Namens Grundstück erforderlich.

Schönwerda. Vermist wird seit Sonntag der 25jährige Landwirtschaftliche Arbeiter Hermann Triemer von hier.

Urtien. Eine Krollüberwallung veranstaltete die kommunistische Partei am Sonnabend nachmittag auf dem Marktplatz. Von einem ausländischen Redner wurde auf die Schlägerei am Donnerstagsabend nochmals näher eingegangen und die Bedeutung der Weltkriege für die kommunistische Partei hervorgehoben. Ferner wurde die Verhinderung der Wehrpflicht kritisiert und u. a. behauptet, daß dieselbe falsch gewesen sei. Hieran schloß sich ein längere Zeit die Stadt an, wobei zuerst Anreden von den Wohnungen einiger Arbeiter stattfanden.

Vad Franzenhausen. Beim Spielen am Wasserlauf des „Wilden Graben“ am Wallgraben stürzte am Freitag ein 6jähriger Knabe in das Infolge der Regenmengen angeschwollene und reißende Wasser. Dem Unfall, daß ein vierjähriges Mädchen ihren Vater herbeiholte und auf den Unfall aufmerksamer wurde, es ist zu danken, daß der Junge aus dem tiefen Finten rechtzeitig, vor dem Einfluß in die Brückenrinne, befreit wurde.

Meina. Wobung nach Wasser! Da es mit der Wasserlieferung immer schlechter wurde, ließ Mittelratsmitglied u. Hellhoff einen Wasserleitungsgraben kommen. Dieser fand auf der Wasserleitung, direkt neben dem Wasserarm, ein starkes Wasserrohr. Man hofft in 80 Meter Tiefe auf Wasser zu kommen. Bis zum 26. April war man bis zu 20 Meter tief eingedrungen. Die Bohrarbeiten, vor drei Wochen begonnen, werden in Tage und Nachtschichten ausgeführt.

Valgrüdt. Der junge Karl Stamm, Sohn eines hiesigen Landwirtschafers, wollte am Sonnabend einen selbstgefertigten Starakan auf einem Baum anbringen. Er band sich dabei mit einer Leine an den Ast. Die Leine gab jedoch nach und der junge Mensch stürzte vom Baume herab. Als die Gegend abend um Karloffelder heimkehrten, fanden sie ihren Sohn tot unter dem Baume liegen. Der Vermutliche war das einzige Kind des Ehepaares; er war erst 10 Jahre alt.

Malsberg. Schwere Unwetter lächeln am Sonnabend nachm. unsere Gegend. Große Wasserfälle, die fast an einen Wasserfall erinnern, gingen in den Bachflüssen, Mühlbächen, Oberflüssen, Zaubach und Schälbach nieder. Da auch Schiffe dabei waren, wird das mit dort Schiffe betraffte. In Malsberg ist ein mit Wasser betriebe. Große Schwärme gingen am Sonnabend nachmittag hier in der Umgebung nieder. Ihr regnete es hart und lange mit etwas Schloß genügt, während es in Saubach hart geregelt und tollfoll geregelt hat.

Naumburg. Am Sonntag früh wurde durch einen Bahnbeamten auf der Strecke Naumburg-Weißfels zwischen den Gleisen der gänzlich zerstörte Fußweg eines jungen Mannes aufgefunden. Der Ableibung nach handelt es sich um einen Schloffergelehrten.

Naumburg. Jahresversammlung der Deutschen Lebensrettergesellschaft. Der Provinzialverband der Deutschen Lebensrettergesellschaft hielt hier seine 24. Jahresversammlung ab. Die Versammlung wurde von den Vätern der Gesellschaft in Vorreden begrüßt. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Gesellschaft, die durch den Krieg eine beträchtliche Verminderung ihrer Mitgliederzahl erlitten, seit 1925 wieder einen weltweiten Fortschritt in ihrer Entwicklung aufzuweisen hat.

Merseburg. Kommunistische Gemeindevorsteher. Der amtierende Vorstand des Kreises Merseburg hat in Altort und Wilsdorf kommunistische Gemeindevorsteher ernannt. Da die Gemeindevorsteher keine ernüchternde Beschlüsse fassen konnten bezug. Die Leute wiederwählten, denen nach mitternächtlicher Verfügung die Beteiligung unterlag werden mußte.

Schapla. Reiche Diebesbeute. Diebe drangen nachts in die Wohnung der Eheleute in der Schapla ein und entwendeten die wertvollsten Gegenstände. Außerdem stahl sie alle vorhandenen Kartons und Käfen. Die Diebe sind durch eine Hinterlist in den Räben gelangt. Die Polizei hat sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt, um der Täter habhaft zu werden.

Müdenberg. Wohnungslos. Ein aufreger Vorfall verlegte die Passanten am hiesigen Bahnhofsübergang in Müdenberg. Ein aus drei Kindern bestehendes Kind war in einem unbesetzten Waggon durch die Gitter der Schranke gesteuert und wanderte ganz verunglückt über die Eisenbahngleise, als der Elternteil, der die drohende Gefahr erkannte, sprang kurz entschlossen über die Schranke. Kaum hatte er das Kind von dem Schienen gerettet, als der Elternteil schon vorüberlief. Um ein Jahr waren Kind und Vater überfahren worden.

Jena. Tödlicher Hühlerangriff. Ein April. Ein ebenso trauriger wie letzter Vorfall hat sich bei der Sandpolizei ereignet. Nach einem Lebnagsmarsch von etwa 25 Kilometer Strecke fühlte sich ein Polizeibeamter infolge der Müdigkeit müde und unwohl, so daß er sich in einem Straßensack schlafen zu lassen suchte. Er wurde durch einen Hühlerangriff getötet. Ein bewauntes Opfer der Hühler im April.

Kapla. Ein Herzogsitz von einer Banterstanden. In Sachen der Zwangsversteigerung des zum ehemaligen Besitz des früheren Herzogs von Sachsen-Meiningen gehörigen Kienlecks land vor dem hiesigen Amtsgericht der Zuschlagstermin. Das den Zuschlag erhielt die Bank für Landwirtschaft in Berlin. Die 400 000 RM geboten hatte, davon 150 000 RM bar, zusätzlich der bestehenden Hypothek von 250 000 RM. Kienlecks mit Fortschritt und Herzogsitz ist somit in das Eigentum der Berliner Landwirtschaftsbank übergegangen.

Berleshausen. Neunjähriger rettet seinen Bruder. Zwei aus Balthershausen stammende Knaben, die in der Nähe des Balthershausen in einem Bach baden wollten, spielten an der Berra Schiffsdenk. Der Sechsjährige, der das vom Berraufer abgetriebene Schiffsdenk nicht schnell fassen wollte, verlor das Lebensretter und stürzte ins Wasser. Der Neunjährige sprang ihm nach und rettete seinen Bruder vom Tode des Ertrinkens.

Langenberg. Mit dem Auto gegen eine Bergwand. Der Vorfall wurde kürzlich der Schulpflicht eines schweren Verkehrsunfalls. In der letzten des hiesigen Gefäßes fuhr der Führer eines von Berlin kommenden Kraftwagens in schneller Fahrt abwärts. Die Bremsen konnten den schweren Wagen nicht mehr halten. Um nicht

mit einem entgegenkommenden Auto zusammenzufallen, lenkte der Führer den Wagen gegen die Bergwand und prang im letzten Augenblick ab. Das Fahrzeug wurde durch den gewaltigen Anprall völlig zerstört und bildete mit den für den Kraftwagenshersteller bestimmten Waren aller Art, Schloß, Schloß, Granatmunition, einen großen Trümmerhaufen. Der Sachschaden ist bedeutend. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Hale (Sax). Die elektrifizierte Bahnlinie. Beim Berühren einer mit elektrischem Strom geladene Dachrinne für ein Anstreichen eines Hauses in Halle der 18 Jahre alte Malergeselle H. Doehron von der hiesigen Leiter und blieb, von einem elektrischen Schlag getroffen, bewußtlos liegen. Der Malergeselle erlitt infolge innerer Verletzungen und wurde sofort ins benachbarte Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verstarb. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

Vallekehl. Auf der Staatsstraße Kleinleitz-Grünleben für ein Kraftfahrzeug der Oberbürgermeisterin über den scherenlosen Bahndamm, wurde von der Lokomotive eines herannahenden Zuges erfasst und etwa 100 Meter mitgeschleift. Der Kraftwagenführer war sofort tot, während sein Begleiter lebensgefährliche Verletzungen davontrug. An seinem Aufkommen wird gearbeitet. Der Inhalt des Kraftwagens, Margarine in Fässern und Wurstspäcken, lag am Bahndamm verstreut. Anscheinend glaubte der Kraftwagenführer, mit seinem Wagen noch vor dem herannahenden Zuge die Gleise überqueren zu können, was aber nicht mehr gelang.

Aus Nah und Fern. Berlin. Polizei räumt Arbeitsnadmweis. Der Arbeitsnadmweis Schlußstraße 14 in Berlin wurde wegen unruhigen Verhaltens der dortigen Arbeitssolonen geschlossen und mußte mit Unterhütung der Polizei geräumt werden. Anschließend fand eine größere Verhaftung der Arbeitssolonen auf dem Untereingang statt. Zu letztgenannten Zwischenfällen ist es hier aber nicht gekommen.

Magdeburg. Zur Mordfrage Bauer. — Entlassung Peters. Der des Mordes an dem Schiffsfabrikator Bauer in Halle verdächtige und feinerzeit auf Veranlassung des Untersuchungsrichters festgenommene 27-jährige Arbeiter Peter mußte, da die bisherigen Ermittlungen und Verhörprotokolle, die gegen ihn vorliegen, weder eine Aufrechterhaltung der Haft rechtfertigen, noch ausreichend waren, um das hauptverfahren gegen ihn einzuleiten, aus dem Untersuchungsgefängnis in Halle entlassen werden. Peters ist wieder nach Magdeburg zurückgeführt. Das Verfahren gegen ihn ist jedoch noch nicht eingestellt.

Wiesbaden. Zur Verhaftung der Nationalsozialisten in Wiesbaden. Von den verhafteten Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppe Wiesbaden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sind sechs wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die die Kriminalpolizei Wiesbaden betraugte, erfolgte die Verhaftung, weil gegen die Führer der Partei, daß sie einem wegen gesetzlicher Vergehen verhafteten und wieder entlassenen Parteigenossen falsche Ausweispapiere beschafft hätten. Wegen zwei noch in Haft befindliche Vorstandsmitglieder wird die Unterhütung weitergeführt. Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte, daß bei den Verhaftungen Waffen gefunden worden seien, entsprechen nicht den Tatsachen.

Wiesbaden. Kommunistische Kirchenführung. Kommunisten haben die Wände eines Pfarrhauses und einer Kirche, in der eine große Anzahl von Kindern zur Erstkommunion gehen sollten, mit roter Farbe beschmieret. Die Anführer wollen beschuldigen Schmäherungen der katholischen Kirche und des Papstes auf.

Altenheim. Die hiesige politische Spionage. Wie die Flügelpresseangehörige Altenheim mitteilt, überlagern drei politische Flügelpresse, aus der Richtung Roggen kommend, den Kreis Neudamm und die Drielsch Baranowen. Von Baranowen aus nahmen die Flügelpresse die Richtung auf Hamburg im Kreis Drielsburg. Von hier gehen sie auf der deutsch-polnischen Zollstraße nach Barzsch ab. Es hat den Anschein, daß alle Vorstellungen von amtlicher deutscher Seite keinen Erfolg haben und daß man sich in Preußen mit diesen politischen Spionagesystemen nun einmal abfinden muß.

Hamburger Dampfer gestrandet. Der Hamburger Dampfer „Hilf“ ist mit einer Ladung aus London für Heligoland gechartert. Von Rorür ist sofort ein Bergungsdampfer abgegangen, um das Schiff wieder flottzumachen.

Todessturz beim Motorrennen. Bei einem Motorrennen in Wien stürzte der Wiener Fahrer Julius Böger. Er wurde schwer verletzt und ist in der Nacht im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Die Nacht von Dandebitz in die Luft geflogen. Die festbar eingerichtete Bräuterei des Millionärs Cornelius Dandebitz, die im Jahre anstieß, ist durch eine Explosion in die Luft geflogen. Eine gewaltige Feuerwalde, begleitet von einem donnerähnlichen Getöse erhob sich zum Himmel; in den am Hofen liegenden Gebäuden wurden zahlreiche Fenster durch die Explosion zerbrochen. 28 Mann Beschäftigte, die sich zufällig auf dem vorderen Ende der Nacht befanden, wurden wie durch ein Wunder gerettet. Die Explosion wurde durch die Schabhaftigkeit eines kleinen mit Gasolin gefüllten Tanks verursacht.

122 Kommunisten in Witten verhaftet. Nach einer Meldung aus Witten gelang es dort der Polizei, eine kommunistische Geheimliste der Preußen, die die Beschäftigten über die Wirtseien getroffen werden sollten. 122 Kommunisten wurden verhaftet.

Udvarder „Begel“ mit einem Schoner zusammengefahren. Der holländische Motorschoner „Hind“ ist bei diesem Nebel beim Feuerlicht „Haar“ mit dem Dampfer „Begel“ vom Norddeutschen Lloyd (1666 Tonn) zusammengefahren. Der Schoner konnte rechtzeitig durch die Inmitten einlaufen und ist zur Ausbesserung nach Amsterdam weitergefahren.

Vom Flügelpressen des letzten Jaren zum Priester. Der langjährige Vorsteher der russischen Kolonie in Rom, Fürst Wolonki, ehemaliger Flügelpressen des letzten russischen Jaren, wird in den nächsten Tagen in der Nähe des norddeutschen Lloyd, gegenwärtig die russische Katholiken die Priesterbesuche empfangen. Diese Nachricht hat in Rom ein gewisses Aufsehen erregt, da Fürst Wolonki in der hiesigen Gesellschaft eine außerordentlich bekannte Persönlichkeit war.

Bechlüsse des Deutschen Sängertages

Leipzig, 28. April. Der Deutsche Sängertag hat auf Grund des Gutachtens des Unterlungsausschusses festgestellt, daß in der Angelegenheit der Unterlungsausschüsse des Deutschen Sängertages den Mitgliedern des Gesamtvereins und des früheren Präsidenten nicht der Verzicht auf die Ehrenämter für den Erhaltens gemacht werden könne. Einige Irrtümer, die das Gutachten infolge unzulänglicher Materials enthält, wurden richtiggestellt. Die Finanzlage des Bundes ist, wie der Schatzmeister, Bürgermeister A. D. Roth, feststellte, durchaus gesund. Die Schulden sind bis auf etwa 100 000 RM abgetragen.

Am zweiten Verhandlungstage wurden zunächst Satzungsänderungen durchgeprochen. Es wurde beschlossen, den Sängertag alle zwei Jahre abzuhalten. Die Revisionen sollen zur fünfzigsten Jahrestagung übergeben werden. In Bezug auf das Statut, das bisher nur ungenügend ausgeführt werden konnte, wurde ein Vermittlungsversuch angenommen, grümblich das geteilte Stimmrecht einzuführen und es den einzelnen Gauen des Bundes zu überlassen, ob sie ihren Vertretern das Stimmrecht freigeben oder sie binden wollen. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wahl von Behr in der Stadt als Mitglied des Bundes, der dieses Amt auf dem diesjährigen Sängertag interimistisch übernehmen hatte, und von Bürgermeister A. D. Leipzig, als Bundessekretär. Zum Obmann des Unterlungsausschusses wurde Justizrat Morhard, zum Obmann des Presseauschusses Morhard, zum Obmann des Musikauschusses Staatsratsekretär Dr. Raug und zugleich, Berlin, bestimmt. Brauner übernimmt zugleich das Amt des stellvertretenden Präsidenten. Die Verwaltung der Sängerbundstützung bleibt bei dem Fränkischen Sängerbund in Nürnberg.

Am wichtigsten Beschlusse ist besonders die Neuwahl des Obmanns des Musikauschusses hervorzuheben. Es war zunächst der Ehrenvorsitzende des Bundes, Prof. Wolgemuth, Leipzig, für diesen Posten vorgeschlagen worden. Gegen ihn hat sich aber längerer Zeit ein starke Opposition innerhalb des DSB geltend gemacht, namentlich wegen seiner Ablehnung der Aufnahme von gemischten und Frauenchören in den Bund. Infolge dieser Opposition ersetzte Prof. Wolgemuth auf seine Wahl. Ein ausdrücklich gefällter Antrag, auch eine gemischte Chöre in den DSB aufzunehmen, wurde den neugewählten Verlungsausschuss überreicht.

Bürgermeister Roth berichtete über die Vorarbeiten zum Sängerbundestag in Frankfurt a. M. Diele wurden gebilligt. Für Oktober 1931 wird ein außerordentlicher Sängertag nach Mainz einberufen.



Erweiterung der Eisenbahnbrücke bei Oberammergau.

Am 27. April, dem Sonntag, wurde Sonntag, nahm der Eisenhof von München, Kardinal von Faulhaber, gleichzeitig mit der Einweihung des neuen Hofkapitales in Oberammergau die Weiche der nach dortigen führenden Eisenbahnbrücke über die Zimmer vor. Die 180 Meter lange Brücke ist die größte Eisenbahnbrücke der Welt.

Sehn Gebote für den Muttertag.

1. Nimm der Mutter am Sonntag alle Arbeit ab, damit sie einen Feiertag hat.
2. Stelle früh leuchtende Blumen an den Tisch.
3. Schide ihr, wenn du fern von ihr weilst, ein Zeichen des Gedankens.
4. Gehe zum Friseurhof, wenn dort deine Mutter liegt, und schmeide das Gras mit den Blüten des Frühlings.
5. Sorge um in der Nachbarschaft, wo eine Mutter Not und Sorgen leidet, besuche sie und hilf ihr.
6. Weist du eine Mutter im Krankenhaus, im Altenheim, suche sie auf und mache ihr eine kleine Freude.
7. Sprich auch mit allen Fremden darüber, wie ihr die Mutter am besten ehren und erfreuen könnt.
8. Sei auch im öffentlichen Leben gegen jede Frau höflich und hilfsbereit — als ob sie deine Mutter wäre.
9. Wenn jetzt am Muttertag selbst für den Gedanken und sehr lieb die Zeit um.
10. Niemand ist best vor, deine Mutter und alle deutschen Mütter auch in Zukunft nicht zu achten, zu ehren und zu unterstützen, immer und alle Tage — wie am Muttertag. Sorge dafür, daß auch andere es tun. Dann wird der Muttertag ein Segen für das deutsche Volk werden!

Engelhaars historisch-politische Jahresübersicht für 1929. Herausgegeben von Friedrich Neubauer. — Carlstraße Verlag Ernst Buchmann in Stuttgart. 292 Seiten. (Scheitelt: M. 8.—, gebunden: M. 12.—)

Die herausgabe der Jahresübersicht hat, da der Herausgeber der letzten neun Bände, Professor S. Baug, infolge geschäftlicher Verpflichtungen zurücktreten mußte, der durch seine geschäftlichen Verbindungen bekannte Georgine Stübgen, Dr. Fr. Neubauer übernommen. — Das Betreibe des Herausgebers ist auf eine richtig historische Darstellung gerichtet worden; persönliche Empfindungen mußten zurücktreten; die geschiedenen Parteien und politischen Führer sollten zu Wort kommen. Die Ereignisereignisse sind möglichst übersichtlich geordnet und in Reihen aufeinandergeordnet worden. Eine so fesselnde wie dieses nimmt die deutsche Nation- und Innenpolitik (Berliner und Ganger Konferenzen, Münchener und Weimarer Konferenzen, Kämpfe um die Finanzreform und Arbeitslosenversicherung, Volksgesetz u. m.) ein; etwa zwei Drittel entfallen auf die ausländischen Staaten. Der Satz des beschränkten Arbeitsaufwands wird besonders Aufmerksamkeit geschenkt. Das Wirtschaftliche hat der Verfasser, soweit es der Raum gestattete, herangezogen. — Das Buch steht sich zur Aufgabe, über das mündigste Übergehen, das hoch so fesselnd den Beschäftigten, aber hier zu unterstützen; es möchte eine sachliche Beurteilung der politischen Dinge, der Erweiterung und Klärung politischer Kenntnisse und der politischen Bildung dienen, die bei uns, wie man weiß, trotz aller Politisierung noch gering ist.

Nebracher Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Bauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkassa Nebra — Sankterevin Aktien.

Nr 52

Donnerstag, den 1. Mai 1930

43. Jahrgang

Wiederzusammentritt der Parlamente. Hausparlamentsberatung im Reichstag.

→ Berlin, 30. April.
Nach der Osterpause tritt der Reichstag am Freitag dieser Woche, 15 Uhr, wieder zusammen, um den Haushalt für 1930 in erster Lesung zu erledigen.
Die Beratung beginnt mit einer großen Rede des Reichsfinanzministers Dr. Brüning. Nach Beendigung der Aussprache soll dann am Sonnabend der Haushalt dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden, der bereits am Montag seine Arbeiten beginnt. Das Reichstagsparlament wird sich am Sonnabend um dem nächsten Zeit für seine Arbeit zu lösen, nachdem für eine Woche vertagt.

Bereits am Donnerstag hält der Reichstag eine Sitzung ab, neben kleineren Vorlagen soll der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zur Ergründung von finanziellen Maßnahmen zum Zweck der Erleichterung und Beförderung der Kreditverfügung der deutschen Wirtschaft verabschiedet werden.
Am Dienstag, den 6. Mai, 13 Uhr, nimmt der Preussische Landtag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht die Einzelberatung der Haushaltslage der Bergverwaltung, des Landwirtschafsinstitutums, des Güterverkehrs, sowie des Volkswirtschaftsministeriums, ferner die zweite Beratung der Haushalte des Landtages, des Senatsrats und der Staatsrat.

Zur Krise in der D. D. P.

Reichstagsabgeordneter Langen tritt aus der Partei aus. → Oldenburg, 29. April.
Reichstagsabgeordneter Langen hat an den Vorlesungen der Deutschen Demokratischen Partei, Reichstagsmitglied a. D. Koch-Meyer, ein Scheitern erlebt, in dem er seinen Austritt aus der D. D. P. erklärt.

In der Begründung heißt es u. a.: „Der D. D. P. fehlt Kraft und ernsthafte Wille, eine rücksichtslos, volkshenke Politik erfolgreich abzuwehren und eigene Wege zu zeigen. Sie hat gegen uns und gegen rechts in wichtigsten politischen Fragen auf die Durchsetzung eigener Auffassung soweit verzichtet, daß sie im Reichstag kaum noch als mitentscheidender Faktor gewertet wird. Einmal mit der Sozialdemokratie Staatsratsminister und Interimsmittel-Beratung, dann mit dem Landtag eine weitere Erhöhung der Preise für Rohstoffe der schärfsten Verhandlungsarbeit — weiter geht's nicht. Die D. D. P. budete eine an volkswirtschaftlichen Unmöglichkeiten kaum mehr zu überbietende Steuer- und Finanzpolitik, die nicht das Ergebnis laudlicher Prüfungen und Entschlüsse, sondern ein parteipolitisches Handlungsspiel ist.“

Die D. D. P. zeigt mit alledem, daß sie nicht mehr die Kraft hat, eigene Entscheidungen zur Geltung zu bringen. Das Verhalten der D. D. P. im Reichstag kann auch nicht als Opfer für Volk und Vaterland angesehen werden sondern offenbar unter völligem Verzicht auf eigene Politik die Fäden und Fädenstücke, welche mit den Leuten an die Zukunft der D. D. P. genommen hat. Gleichzeitig hat Langen sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Deutschlands innere Erneuerung.

→ Dresden, 29. April.
Am demokratischen Wirtschaftsausschuss im Freistaat Sachsen sprach Professor Dr. Hellpach über Deutschlands innere Erneuerung. Er schloß seine Rede mit der Forderung der einseitigen Ueberwindung des gesetzgeberischen Staatsgedankens.

Daß den Franzosen das Wert der Eroberung des Rheines mißlungen sei, bedeute den Abbruch einer der verhängnisvollsten Epochen im Verhältnis der beiden Staaten. In dem Verhalten der Rheinlandsbevölkerung liege ein Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes.
Gegenüber dem Bild der Sozialdemokraten müsse eine neue Staatsbewegende Partei der Mitte entstehen. Die neue Partei solle sich zu den großen bleibenden Säulen der bürgerlichen Entwicklung bekennen, in erster Linie zum Vordere der Bevölkerung im wirtschaftlichen und politischen Leben.

Eine Rechtfertigung.

→ Berlin, 29. April.
Ueber die Gründe, die die Wirtschaftspartei veranlaßt haben, in die Regierung einzutreten, sprach in Potsdam I der Parteivorstand Dr. e. w. Er wies den Vorwurf entschieden zurück, daß die Wirtschaftspartei nicht den Mut

im Viktor Jöerich. Ausgehend von den Christenerfolgungen in Ausland zeigte der Redner an Hand von Zeugnissen der „Roten Fahne“, daß der Sturmtrupp der bolschewistischen Revolution allenfalls gefundene Arbeit nur mit dem Ziele der Entzerrung Gottes. Er schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß die christlichen Gläubigen entgegensetzt werden. Mit einem Aufruf des weltlichen Generalvereins der D. D. P. zur Befähigung auf die Kräfte des evangelischen Glaubens fand der adre Reichstagsredner seinen Abschluß.

Aus Gründen der Courtoisie . . . Nuntius Orsenigo wieder Dogen des diplomatischen Corps.

→ Berlin, 29. April.
Der Reichspräsident empfing den apostolischen Nuntius zur Entgegennahme des Bescheidungsbeschlusses über die Rechte hinsichtlich der Eintragung des päpstlichen Nuntius als Dogen des diplomatischen Corps wird von ausländischer Stelle folgende Darstellung bekanntgegeben: Als Ende 1929 Nuntius Pacelli abberufen wurde, drängte die Frage zur Eintragung, ob der bereits zum Ausbruch gekommenen Wünsche der Kurie, das dem päpstlichen Nuntius auch diesmal das Dogentum zugewandt werden müßte, nachzukommen sei. Die Kurie betrieb sich dabei auf eine Abmahnung aus den Anfang des vorigen Jahrhunderts. In Abweichung von der Auffassung der Kurie behielt für Deutschland seine rechtliche Verpflichtung, den päpstlichen Nuntius als Dogen des diplomatischen Corps anzuerkennen. Praktisch liegen in Europa aber die Dinge so, daß sämtliche 24 Nationen als Dogene des diplomatischen Corps fungieren. Bezüglich in Italien ist der Vorschlag des Nuntius rechtlich festgelegt worden. Ein Reichsantrag der Kurie auf das Dogentum für Berlin konnte von deutscher Seite nicht anerkannt werden. Auch sprachen einige andere Gründe dagegen. Um über eine Lösung Klarheit zu verschaffen, ist mit dem Berliner diplomatischen Corps Verbindung genommen worden. Man einigte sich dann dabei auf folgende Formel:

Die deutsche Regierung hat sich nach Zustimmung mit dem diplomatischen Corps aus Gründen der Courtoisie entschlossen, den päpstlichen Nuntius das Dogentum zuzugestehen. Dieser Beschluß ist von dem dienstältesten Botschafter, dem russischen Botschafter Kremlitz, den übrigen in Berlin akkreditierten Diplomaten zur Kenntnis gebracht worden.

Evangelischer Volkstag in Bielefeld.

Abtluß des Reichstagsabganges.
→ Bielefeld, 29. April.
Die Tagung des Reichstagsabganges schloß mit dem stark besuchten Evangelischen Volkstag. Die Festrede hielt der Führer des Evangelischen Gewerksbundes von Groß Werder zur Verantwortung über und erörterte, zur Regierung der Großen Koalition habe die Partei nur deswegen in klärender Opposition gestanden, weil sie bei der jetzigen Regierungsbildung durch Reichsanwält Müller von vornherein ausgeschlossen worden seien.

Die Wirtschaftspartei habe immer betont, daß sie zur Mitarbeit bereit sei, nur in der überlegene Einfluß der Sozialdemokraten in der Regierung gebrochen werde. Angesichts des Appells des Reichspräsidenten zur Einigung habe die Partei sich dem Reichsanwalt Drilling nicht verlegen dürfen und wollen, umso weniger, als die Lage der Landwirtschaft eine sofortige Hilfe notwendig gemacht habe. Auch habe man die sonst unvermeidliche Katastrophe, daß das Reich am 1. Mai vor leeren Kassen stünde und die Beamtengehälter nicht hätten ausgezahlt werden können, verhindern müssen.

Der Redner ging dann im Einzelnen auf die Forderungen der Wirtschaftspartei ein, von deren Erfüllung sie ihren Eintritt in die Regierung abhängig gemacht hätte. Es ist wichtig, wenn man behauptet, daß die Regierung Brüning die Lebenshaltung des Volkes durch die mit dem Agrarprogramm verbundenen Steuererlagen wesentlich härter belaste, als es die Regierung Müller beabsichtigt habe. Es werde vielmehr nur das — allerdings in einem schnelleren Tempo — fortgesetzt, was unter dem letzten Kabinett beschlossen worden ist. Mit besonderer Genugtuung stellte der Redner fest, daß die Wirtschaftspartei bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung mit wenig Ausnahmen ausgezeichnet mit den Vertretern der Landwirtschaft zusammenarbeiten habe.

Durch ihren Eintritt in die Regierung habe die Wirtschaftspartei die Ziele der bisherigen sozialistischen Kampagnen einer bürgerlichen Politik herangezogen. Das neue Steuerprogramm sei nur eine vorübergehende Maßnahme, noch vor dem Herbst soll das Steuervereinfachungsgesetz verabschiedet werden, das vor allem einen Abbau der Realsteuer und die Einführung der Vermögensabgabe bringe. Die Wirtschaftspartei werde es als ihre

Das Wachsen der Tabaksteuer.

Ein Vergleich mit Frankreich und Großbritannien.
→ Berlin, 29. April.

Ämtlich wird eine Unterredung über die Tabaksteuer im Deutschen Reich, in Frankreich und Großbritannien veröffentlicht, die sich bis auf das Jahr 1927 erstreckt und das Jahr 1930 zum Vergleich heranzieht. Durch die neuesten Veränderungen der Tabaksteuer hier noch nicht einbezogen sind, so ergibt sich doch schon aus dieser Zusammenfassung, daß die Besteuerung des Tabaks, die vor dem Kriege verhältnismäßig geringfügig bei uns war, in der Nachkriegszeit außerordentlich zugenommen hat. Es ist zwar schwer, bei der durch Krieg und Inflation hervorgerufenen Veränderung der Währungseinheiten in den verschiedenen Ländern einen genauen Vergleichsmaßstab heranzuziehen, insofern gibt es ein leblich zutreffendes Bild, wenn man die Umrechnungen auf die Vorkriegsmark vornimmt. Geht man dies, so ergibt sich, daß von 1913—1927 das Steuer- und Zollaufkommen auf Zigaretten insgesamt in Deutschland von 187 auf 612 Millionen, in Frankreich von 354,5 auf 401,2 Millionen und in Großbritannien von 375,5 auf 770,2 Millionen Mark Vorkriegsmark zugenommen ist.

Das bedeutet auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland eine Steigerung von 2,78 auf 9,68, in Frankreich von 8,91 auf 9,82 und in Großbritannien von 8,23 auf 16,95 Mark Vorkriegsmark. Trotzdem betragen diese Zahlen auch noch nicht alles, da ja nicht nur die Steuer, sondern auch der Konsum in den Jahren 1913—1927 gewachsen ist. Daher gewinnt man ein zutreffendes Bild, wenn man das Steuer- und Zollaufkommen auf je 1 Kilo in den genannten Jahren betrachtet. Demnach sind diese Abgaben in Deutschland in der genannten Zeit von 1,70 auf 4,82 gewachsen, in Frankreich von 7,58 auf 7,33 zurückgegangen und in Großbritannien wiederum von 8,40 auf 12,31 gestiegen.

Während also 1913 die Steuerbelastung in Frankreich mehr als das Vierfache und in Großbritannien fast das Fünffache von der im Deutschen Reich betrug, war 1927 infolge bereits eine Angleichung erfolgt, als die Belastung der Vorkriegsmark in Frankreich nur noch 1/2 mal so groß und in Großbritannien zweieinhalbmal so groß wie im Deutschen Reich war.



...ne Besuche in ...
...erficht nach Rom und ist nach ...
...fahren wird. Die ...
...Konferenz für ...
...liche Regierung ...
...europäischen ...
...bers in Rom be ...
...treffers für das ...
...die Regelung ...
...ingetret war, ...
...dazu beitragen ...
...s läßbare prof ...
...Besuch in der ...
...h den Sänders ...
...gefällmäh ...
...bewegts schaden ...
...eben Wert ge ...
...ich und nach ...
...liche Fragen zu ...
...hild Oesterreichs ...
...Der politische ...
...bauwänder, in ...
...offizi Oesterreich ...
...eine negative ...
...Gedichtpunkt der ...
...französischer ...
...haltung gegenüber ...
...Oesterreich ...
...nämlich das immer ...
...wache ...
...hinsichtlich ...
...der Beziehungen ...
...zwischen Wien ...
...und Berlin ...
...Man wird gerade ...
...in diesem Punkte ...
...vorausichtlich ...
...Paris den Bundes ...
...minister Schober ...
...vor der dringliche ...
...Fragen stellen, und ...
...werden in Deutsch ...
...land nicht empfind ...
...lich und nicht ent ...
...ständig sein dürfen, ...
...wenn der Bundes ...
...minister mit aller ...
...Diplomatie auf die ...
...Fragen antwortet ...
...und dabei Gefühle ...
...in den Hinterged ...
...läßt, die deshalb ...
...weder dem Reiche ...
...noch in Oester ...
...eine Befähigung ...
...erfahren dürfen.

Oesterreich hat seit dem Haag seine finanzielle Freiheit wiedergewonnen, und es sucht sich durch Anleihen zu stärken und wieder aktiv zu werden. Vorfähigung ist auch in dieser Richtung bereits im Haag genommen worden, und Paris ist jetzt nur eine Frage auf dem Wege nach London, wo der Bundesminister Schober in der Person des englischen Staatskanzlers Snowden einen Verhandlungspartner vorfinden wird, der auffallend bereitwilliges Verständnis an den Tag gelegt hat.

Die Reife Schobers nach den weltlichen Hauptstädten wird in Deutschland mit derselben Aufmerksamkeit und mit denselben guten Wünschen für praktische, den Wiederauf